

Referendum gegen die Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG)
Nein zum unmenschlichen Asylgesetz!

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass die Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG) der Volksabstimmung unterbreitet wird. Auf dieser Liste können **nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen**. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

KANTON:	PLZ:	Politische Gemeinde:				Kontrolle (leer lassen)
NAME <small>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift!)</small>	Vorname	Genaueres Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse (Strasse und Nr.)	Eigenhändige Unterschrift		
1						
2						
3						
4						
5						

Ablauf der Referendumsfrist: 6. April 2006

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel: Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort:.....

Datum:.....

Wichtig: Unterschreiben Sie beide Referenden!
 Senden Sie den Doppelbogen unzertrümmert und gefaltet bis spätestens am 1. März 2006 zurück
 an: Referendumskomitee AuG und AsylG, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern.

WICHTIG: Nicht auseinander schneiden, nur falten, zusammenkleben, und abschicken. Nicht auseinander schneiden!

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)
Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung www.auslaendergesetz-nein.ch

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) der Volksabstimmung unterbreitet wird. Auf dieser Liste können **nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen**. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

KANTON:	PLZ:	Politische Gemeinde:				Kontrolle (leer lassen)
NAME <small>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift!)</small>	Vorname	Genaueres Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse (Strasse und Nr.)	Eigenhändige Unterschrift		
1						
2						
3						
4						
5						

Ablauf der Referendumsfrist: 6. April 2006

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel: Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort:.....

Datum:.....

Das Doppel-Referendum wird unterstützt von (Stand 30.12.2005): Grüne Schweiz, FIMM Forum für die Integration der MigrantInnen, Solidarité sans frontières, A Gauche Toute! AL-PdA-Solidarité-JAI, Association suisse des Centres sociaux protestants, Asylbrücke Zug, CEDRI, cfd-Christlicher Friedensdienst, Christlich-soziale Partei CSP, Comedia - Die Mediengewerkschaft, Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz DJS, Europäisches BürgerInnenforum, FEKAR - Fédération der kurdischen Kulturvereine in der Schweiz, Juso Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit der Schweiz, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs SIT, Travail.Suisse, vpod, Unia. Doppelbogen auch teilweise ausgefüllt so rasch wie möglich, aber **spätestens bis 1. März 2006 zurücksenden** an: Referendumskomitee AuG und AsylG, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern, das die Stimmrechtsbescheinigung besorgt. Weitere Bogen bestellen unter Tel. 031 312 66 60, Fax 031 312 66 62.



Cécile Bühlmann, Grüne Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, dazu sollten wir endlich stehen. Wir sollten die Menschen, die hier zugelassen sind und mit uns arbeiten, so behandeln, wie wir selbst behandelt werden möchten. Mit diesem Gesetz ist dies nicht möglich. Zudem schaffen wir verschiedene Klassen von Eingewanderten, das ist inakzeptabel.



Claudio Micheloni, Generalsekretär FIMM Das AuG macht den Integrationsprozess zum Hindernislauf. Das Recht auf Erhalt der C-Bewilligung nach 10 Jahren Aufenthalt wird nicht garantiert sein. Die Gefahr der Willkür bei der Rechtsanwendung durch kantonale Behörden wird so verstärkt. Jahrzehntelange Integrationsbemühungen drohen zunichte gemacht zu werden.



Balthasar Glättli, Solidarité sans frontières Das AuG nimmt auch gut integrierten Sans-Papiers, die jahrelang unbescholten in der Schweiz lebten, die Möglichkeit, als individueller Härtefall ein Bleiberecht zu erhalten. Und die neue Beugehaft ist menschenunwürdig, teuer und nutzlos.



Vania Alleva, Unia Es ist falsch, die Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten, krass ungleich zu behandeln. Das AuG ist eine Ohrfeige für hunderttausende Menschen in der Schweiz. Das AuG schafft neue Probleme, statt bestehende anzupacken. Die Rechtsunsicherheit in wichtigen Lebensbereichen erschwert die Integration.

Nein zum neuen Ausländergesetz Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung

Das neue Ausländergesetz (AuG) ist ein Sondergesetz für 700'000 Menschen. Nämlich für jene vierzig Prozent in der Schweiz lebenden AusländerInnen, welche nicht aus der EU kommen.

Willkürlich. Das AuG produziert MigrantInnen 1. und 2. Klasse

AusländerInnen werden je nach Herkunft ganz unterschiedlich behandelt. Wenn sie aus dem falschen Land kommen, erhalten Ausländerinnen und Ausländer, die seit Jahren in der Schweiz leben, arbeiten und Steuern zahlen, kein Recht auf Niederlassung. Sogar SchweizerInnen, die mit AusländerInnen verheiratet sind, werden gegenüber EU-BürgerInnen benachteiligt!

Integrationshemmend. Das AuG reisst Familien auseinander

Das Recht auf Familiennachzug wird eingeschränkt, Kinder über 12 Jahre dürfen nur innerhalb eines Jahres nachgezogen werden.

Indiskret. Das AuG schafft Eheschnüffler

Das Recht auf Ehe wird eingeschränkt. Wenn SchweizerInnen eine Ausländerin oder einen Ausländer heiraten wollen, können die Standesbeamten neu als Eheschnüffler tätig werden und andere Amtsstellen, aber auch die Nachbarn oder ArbeitskollegInnen über die Beziehung befragen.

Mittelalterlich. Das AuG führt Beugehaft ein

Als Sonderpolizeigesetz für AusländerInnen und Asylsuchende führt das AuG neue Zwangsmassnahmen ein. Neu gibt es eine Beugehaft von bis zu zwei Jahren.

Stattdessen fordern wir gleiche Rechte und Pflichten aller in der Schweiz lebenden MigrantInnen mit Aufenthaltssicherheit und Familiennachzug. Das würde echte Integrationspolitik ermöglichen.

www.auslaendergesetz-nein.ch

Asylgesetzrevision Nein Nein zum unmenschlichen Asylgesetz!

Das revidierte Asylgesetz ist unmenschlich und schafft neue Probleme: Es bringt Menschen in Not, die dringend Hilfe brauchen. Verfolgte, die keine Pässe haben, werden künftig ohne Asylverfahren weg gewiesen. Dies verletzt internationales Recht. Unbegleitete Kinder, Traumatisierte, Kranke und ganze Familien landen auf der Strasse. Sie werden ins Elend getrieben. Das widerspricht der humanitären Tradition, auf die wir zu recht stolz sind. Beugehaft für Jugendliche missachtet die Kinderrechte. Gefängnis bis zu zwei Jahren ist teuer und fördert die Rückkehr nicht. Städte, Kantone, Gemeinden bezahlen die Rechnung für diese verfehlte Flüchtlingspolitik.

Dagegen wehren wir uns!

Wichtig: Unterschreiben Sie auf der Rückseite beide Referenden!

Nicht auseinander schneiden, nur falten, zusammenkleben, frankieren und abschicken. Nicht auseinander schneiden!



Das AuG-Referendum wird lanciert von: Grüne Schweiz, Solidarité sans frontières, FIMM Schweiz (und angeschlossene Migrantenorganisationen aus über 50 Nationalitäten), Comité romand contre la LEtr und unterstützt von: A Gauche Toute! AL-PdA-Solidarité-JA!, Association suisse des Centres sociaux protestants, Asylbrücke Zug, CEDRI, cfd-Christlicher Friedensdienst, Christlich-soziale Partei CSP, Comedia-Die Mediengewerkschaft, Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz DJS, Europ. BürgerInnenforum, FEKAR-Föderation der kurdischen Kulturvereine in der Schweiz, Juso Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit der Schweiz, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs SIT, Travail.Suisse, vpod, Unia (Stand 30.12.2005)

Unterstützen Sie die Referenden!

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Email: _____

- Senden Sie mir ____ zusätzliche Unterschriftenbogen
- Nehmen Sie mich in den Email-Verteiler zum Referendum auf, damit ich auf dem Laufenden bin.
- Ich unterstütze die Kampagne mit ____ Franken, schicken Sie mir einen Einzahlungsschein (PC 30-171066-8)
- Ich würde in einem Regionalkomitee beim Unterschriften sammeln helfen.

Bitte frankieren
Affranchir s.v.p.
Affrancare per favore

**Bitte bis 1. März 2006
zurücksenden!**

**Referendumskomitee
AuG und AsylG
Waisenhausplatz 21
3011 Bern**